

G e s e t z

vom, mit dem das NÖ.Krankenanstaltengesetz abgeändert wird.

Der Landtag von Niederösterreich hat zur Ausführung des Krankenanstaltengesetzes, BGBl.Nr. 1/1957, in der Fassung der 1. Novelle zum Krankenanstaltengesetz, BGBl.Nr. 27/1958, zur Ausführung des § 5 Abs. 7 b der Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl.Nr. 159, in der Fassung der Straßenverkehrsnovelle 1964, BGBl.Nr. 204, zur Ausführung des § 148 sowie des § 480 Abs. 1 Z. 9 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl.Nr. 189/1955, in der Fassung der 9. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl.Nr. 13/1962, und der Kundmachung vom 9. Jänner 1967, BGBl.Nr. 28, zur Ausführung der §§ 59 und 60 Abs. 2 des Bauern-Krankenversicherungsgesetzes, BGBl.Nr. 219/1965, zur Ausführung der §§ 70 und 71 Abs. 2 des Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetzes, BGBl.Nr. 167/1966, sowie zur Ausführung des § 14 Abs. 1 des Heeresversorgungsgesetzes, BGBl.Nr. 27/1964, beschlossen:

Artikel I.

Das NÖ.Krankenanstaltengesetz, LGBl.Nr. 109/1957, in der Fassung des Gesetzes LGBl.Nr. 114/1960, wird wie folgt abgeändert:

1. Dem § 43 ist folgender neuer Absatz 4 anzufügen:

"(4) Der Rechtsträger einer öffentlichen Krankenanstalt hat dem diensthabenden Arzt die zur Blutabnahme (§ 5 Abs. 7 a StVO. 1960 in der Fassung der StVO.-Novelle 1964) erforderlichen Einrichtungen der Anstalt zur Verfügung zu stellen."

2. § 45 Abs. 1 lit. b hat zu lauten:

"b) Das ärztliche Honorar für die Behandlung der unter lit. a genannten Patienten, für die Behandlung von Patienten in Anstaltsambulatorien und für die Blutabnahme nach straßenpolizeilichen Vorschriften (§ 43 Abs. 4)."

3. § 45 Abs. 1 lit. d hat zu lauten:

"d) Eine Behandlungsgebühr für jede Inanspruchnahme des Anstaltsambulatoriums, die ambulatorische erste ärztliche Hilfeleistung und für die Blutabnahme nach straßenpolizeilichen Vorschriften (§ 43 Abs. 4)."

4. Im § 45 Abs. 2 ist anstelle des Ausdruckes "Jungärzten" der Ausdruck "Spitalsärzten" zu setzen.

5. § 47 Abs. 2 hat zu lauten:

"(2) Die Pflegegebührenrechnung für die Blutabnahme nach straßenpolizeilichen Vorschriften (§ 43 Abs. 4) ist der Bezirksverwaltungsbehörde (Bundespolizeibehörde) zu übersenden, deren Organ der Straßenaufsicht die Blutuntersuchung veranlaßt hat, sofern die Blutabnahme nicht auf Verlangen des Untersuchten erfolgt. Unabhängig von der endgültigen Kostenersatzverpflichtung hat die Behörde die Kosten der Blutabnahme der Krankenanstalt binnen zwei Wochen zu ersetzen."

6. Im § 47 erhalten die bisherigen Absätze 2 und 3 die Bezeichnung "(3)" und "(4)". Im § 48 Abs. 2 ist anstelle des Ausdruckes "(§ 47 Abs. 3)" der Ausdruck "(§ 47 Abs. 4)" zu setzen.

7. § 49 Abs. 4 hat zu lauten:

"(4) Die Behandlungsgebühren für jede Inanspruchnahme der Anstaltsambulatorien und die Blutabnahme nach straßenpoli-

zeilichen Vorschriften (§ 43 Abs. 4) für das folgende Jahr sind in sinngemäßer Anwendung des Abs. 2 mit der Maßgabe zu bestimmen, daß deren Ermittlung nach der Zahl der zu erwartenden Inanspruchnahme und den Kostenanteilen zu erfolgen hat."

8. § 59 Abs. 3 hat zu lauten:

"(3) Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden ferner Anwendung auf die Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten, auf die Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen als Träger der Krankenversicherung, auf die Gewerblichen Selbständigenkrankenkassen und auf die Krankenversicherungsanstalt der Bauern mit der Abweichung, daß die im § 54 vorgesehene Ermäßigung der Pflegegebührenersätze für die Angehörigen der Versicherten dieser Versicherungsträger nicht anwendbar ist."

9. § 77 hat zu lauten:

"§ 77.

(1) Für den Betrieb öffentlicher Krankenanstalten für Geisteskrankheiten gelten die Bestimmungen der Hauptstücke A, B und F zur Gänze, vom Hauptstück C die Bestimmungen der §§ 30 bis 40 und 42 bis 73 sowie vom Hauptstück E die Bestimmung des § 82 a Abs. 1.

(2) Die §§ 43 bis 54 KAG., BGBl.Nr. 1/1957, werden durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt."

10. Die Einleitung des § 79 Abs. 1 hat zu lauten:

"Für die Errichtung und den Betrieb privater Krankenanstalten gelten die Bestimmungen der Hauptstücke A, B und F zur Gänze, vom Hauptstück E die Bestimmung des § 82 a Abs. 2 und die Bestimmungen des Hauptstückes C wie folgt:"

11. Im § 81 Abs. 1 erster Satz ist nach dem Wort "Versicherungsträger" der Hinweis "(§ 59)" einzufügen.

12. § 81 Abs. 3 hat zu lauten:

"(3) Die den privaten Krankenanstalten von Seiten der Gewerblichen Selbständigenkrankenkassen gebührenden Pflegegebührensätze sind zur Gänze von den Kassen zu tragen."

13. Im § 81 erhält der bisherige Abs. 3 die Bezeichnung "(4)".

14. Nach § 82 ist folgendes Hauptstück E einzufügen:

"Hauptstück E.

Besondere Vorschriften für die Inanspruchnahme von Krankenanstalten nach dem Heeresversorgungsgesetz.

§ 82 a.

(1) Den öffentlichen Krankenanstalten sind für die Inanspruchnahme von Anstaltspflege durch Beschädigte nach dem Heeresversorgungsgesetz, BGBl.Nr. 27/1964, die gemäß § 51 Abs. 3 festgesetzten Pflegegebühren der allgemeinen Gebührenklasse zu ersetzen.

(2) Wird die Anstaltspflege weder in einer öffentlichen Krankenanstalt noch in einer Anstalt des Bundes durchgeführt, so ist die Höhe des Anspruches des Rechtsträgers der Krankenanstalt auf Ersatz der Pflegekosten durch privatrechtliche Verträge allgemein oder für besondere Fälle zu regeln. Solche Übereinkommen bedürfen, wenn sie von einem Landesinvalidenamt abgeschlossen werden, der Genehmigung durch das Bundesministerium für soziale Verwaltung."

15. Das bisherige Hauptstück E erhält die Bezeichnung "F".

16. § 85 Abs. 4 hat zu lauten:

"(4) Die Rechtsträger öffentlicher Krankenanstalten sind hinsichtlich aller Maßnahmen, die im Zuge der Errichtung und des Betriebes von Einrichtungen nach diesem Gesetz getroffen werden und die Landesbehörden berechtigen, Barauslagen, Kommissionsgebühren oder Landesverwaltungsabgaben einzuheben, von der Entrichtung dieser befreit."

Artikel II.

Die Bestimmung des Art. I Z. 8 tritt bezüglich der Krankenversicherungsanstalt der Bauern mit 1. April 1966 und bezüglich der Gewerblichen Selbständigenkrankenassen mit 1. Juli 1966 in Kraft. Die Bestimmung des Art. I Z. 9 tritt mit 1. Jänner 1967 in Kraft.